

## **Interpellation betreffend die finanziellen Aufwendungen (Kostenanalyse) des abgelehnten Reformprojekts «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)»**

Gestützt auf Art. 36 der Geschäftsordnung des Landtages reichen die unterzeichneten Abgeordneten der Fortschrittlichen Bürgerpartei eine Interpellation betreffend die finanziellen Aufwendungen (Kostenanalyse) des abgelehnten Reformprojekts «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)» ein.

### **Anlass:**

In den Tageszeitungen vom 16. April 2009 war zu lesen, dass die Regierung im Vorfeld der Abstimmung über SPES I zur Information der Bevölkerung verschiedene Aktivitäten durchgeführt und dafür CHF 116'000 ausgegeben habe. In der Pressemitteilung wurden Aufwendungen für die Internetseite [www.spes.li](http://www.spes.li), für Flyer und für Informationsbroschüren der Schulstandorte sowie für Inserate und Plakate erwähnt, jedoch nicht näher aufgeschlüsselt.

Diese Kostenzusammenstellung (die von der Regierung am 14. April 2009 zur Kenntnis genommen wurde) scheint sich dabei lediglich auf Aktivitäten im Abstimmungskampf zu beschränken und gibt keinen umfassenden Überblick über die Gesamtaufwendungen, welche im abgelehnten Reformprojekt SPES I angefallen sind.

Aus Gründen der Transparenz wünschen die unterzeichneten Abgeordneten deshalb detailliert Auskunft über sämtliche Aufwendungen, welche im Zusammenhang mit dem Projekt SPES I angefallen sind und richten folgende Fragen an die Regierung.

### **1. Aufwendungen während der Entwicklung des Projektes bis Ende 2006**

- 1.1. Wie hoch war das Budget in der Anfangsphase des Projektes? Relevant hierbei sind insbesondere die Kosten für das Projektmanagement, für externe Experten und Berater sowie für die interne Kommunikation im Lenkungsgremium und für die interne Kommunikation im Kontakt mit den betroffenen Schulstandorten.
- 1.2. Wie viele Stellenprozente in der Landesverwaltung und an den verschiedenen Schulstandorten wurden in dieser Phase für Projektaufgaben vorgesehen? Wie viele Lehrpersonen wurden für das Projekt freigestellt? Welche Kosten sind damit angefallen?
- 1.3. Welche Kosten entstanden in dieser Phase für die Öffentlichkeitsarbeit (externe Kommunikation), beispielsweise für die Erstellung von Presseberichten?

## **2. Aufwendungen ab 2007 bis zum Zustandekommen des Referendums im Dezember 2008**

- 2.1. Diese Phase begann mit einer «Vor-Vernehmlassung», in der die Teilnehmer sich für oder wider das Langzeitgymnasium entscheiden sollten. Auf welchen Betrag beliefen sich die Kosten für die Durchführung dieser Umfrage unter den Verbänden und anderen interessierten bzw. betroffenen Kreisen?
- 2.2. Wie hoch waren in dieser Phase die Kosten für Projektmanagement, für externe Experten und Berater, für interne Kommunikation etc.?
- 2.3. Es gab in dieser Phase auch verschiedene Kommunikations-Aktivitäten mit den Schulstandorten bzw. den Entwicklungsteams („Handreichungen“, Kick-off Seminar in der Kartause Ittingen). Die Interpellanten erbitten eine detaillierte Zusammenstellung der angefallenen Kosten für diese Kommunikationsmassnahmen.
- 2.4. Wie viel kosteten die öffentlichen Veranstaltungen (Vorträge ausländischer Referenten), die in verschiedenen Gemeinden des Landes durchgeführt wurden (inklusive Kosten für die Bewerbung dieser Veranstaltungen und die anschliessenden Apéros)?
- 2.5. Welche Kosten entstanden aufgrund der Veranstaltungen (Elternabende) der Schulstandorte für die Vorstellung ihrer Profile?
- 2.6. Wie hoch fielen die Kosten für die Freistellung bzw. Entlastung von Lehrpersonen während dieser Phase aus?

## **3. Aufwendungen für die Volksabstimmung von Dezember 2008 bis Ende März 2009**

- 3.1. Wie hoch waren das Budget und die effektiven Kosten für den gesamten Promotionsmix während des Abstimmungskampfes, inklusive Kosten für Plakate, Inserate, Image-Flyer, Infobroschüren der Schulstandorte?
- 3.2. Wie viele Firmen (Agenturen, Grafiker, Textbüros etc.) wurden mit der Erarbeitung der verschiedenen Medienerzeugnisse beauftragt? Wurden die Aufträge budgetiert und ausgeschrieben?
- 3.3. Neben den reinen Produktionskosten (z.B. für Plakate) ersuchen die Interpellanten auch um detaillierte Angaben über die Entwicklungs- und Entwurfskosten (z.B. Textentwürfe, Grafikentwürfe). Wurden die Inhalte der Homepage und beispielsweise die Botschaften auf Plakaten und in Inseraten von Mitarbeitern des Schulamtes formuliert? Wie hoch waren die Kosten für diese Arbeiten?
- 3.4. Wie hoch fielen die Kosten für die Erstellung von PR- und Kurzartikeln aus? Wurden diese (Zeitung-)Artikel ausschliesslich von Mitarbeitern des Schulamtes verfasst?
- 3.5. Wie viel kostete die SPES-Ausgabe von «schule heute», inklusive Text- und Produktionskosten?
- 3.6. Wie hoch waren die Kosten für die Pflege des Webauftritts?
- 3.7. Die private Website «Schule mit Zukunft» wurde u.a. von Lehrpersonen, Schülern und Eltern empfohlen. Im Dezember 2008

wurden Inserate der Aktion «Schule mit Zukunft» von Schulen in Auftrag gegeben. Hat die öffentliche Hand diese private Initiative «Schule mit Zukunft» in irgendeiner Form finanziell unterstützt? Verfügten die einzelnen Schulen über ein Budget für PR-Massnahmen zugunsten von SPES?

- 3.8. Wie hoch fielen die Kosten für die Freistellung bzw. Entlastung von Lehrpersonen während der Abstimmungsphase aus?
- 3.9. Während die Lehrpersonen am Standort Mühleholz II sich für ihre Info-Veranstaltung vorbereiteten, hatte die gesamte Schülerschaft einen Tag lang frei. Wie hoch sind die Kosten für den Unterrichtsausfall sowie die Kosten, welche aus der Vorbereitung und Durchführung dieser Info-Veranstaltung resultierten.
- 3.10. Wurde für die verschiedenen Massnahmen ein Budget erstellt oder gab es verschiedene Budgets, Konti oder Zahlstellen, auf die für die Abstimmung zurückgegriffen werden konnte?

#### **4 Rechtliche Erwägungen**

Ergänzend zu den bisherigen Fragstellungen erbitten die Interpellanten Auskunft darüber, ob die Regierung den Urteilen des Staatsgerichtshofs gefolgt ist, wonach die Regierung in Abstimmungskämpfen zwar ihren Standpunkt vertreten kann, ihre Rolle aber fair und sachlich auszuüben hat (StGH 1990/6 und jüngere Urteile). In diesem Zusammenhang wollen die Interpellanten von der Regierung wissen, ob die Marketing-, Event- und Kommunikationsaktivitäten rund um SPES I dem Grundgedanken des StGH-Urteils entsprechen.

#### **Begründung:**

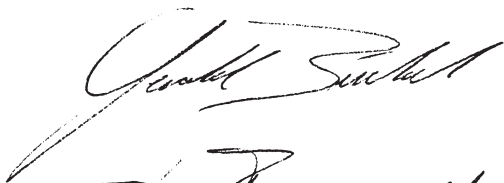
SPES I war ein Reformprojekt von grosser bildungs- und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Die Interpellanten vertreten deshalb die Meinung, dass der Öffentlichkeit ein Anrecht auf transparente Information zusteht. In diesem Zusammenhang hat die Bevölkerung insbesondere auch einen Anspruch, zu erfahren, wie hoch die gesamthaften Aufwendungen in diesem Projekt sind. Deshalb ersuchen die Interpellanten die Regierung um eine detaillierte Zusammenstellung der angefallenen Kosten über die gesamte Projektdauer.

In Bezug auf den Abstimmungskampf haben die Interpellanten zudem aufgrund der durchgeführten, öffentlichen Berichterstattung den Eindruck gewonnen, dass der Informations- und Rechenschaftspflicht nicht immer mit der notwendigen Sorgfalt nachgekommen worden ist. Inhaltlich wirkte die SPES-Kampagne der Regierung sehr einseitig und „marktschreierisch“. Diese Art von Marketing gebührt sich für Regierung und Verwaltung nicht. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von Regierung und Amtsstellen sachliche und neutrale Information, keine Propaganda.

Auch wenn die Abstimmungsunterlagen als ausgewogen betrachtet werden

können, da das Referendumskomitee darin in gleichem Masse zu Wort kam wie die Regierung, so machten sie jedoch nur einen Bruchteil aller offiziellen Informationen zu SPES I aus. Die grosse Menge der Medienerzeugnisse der Regierung zu SPES I war aber nicht ausgewogen, sondern wirkte manipulativ. In der Bevölkerung wurde u.a. von einer „Propagandawalze“ gesprochen. Nicht zuletzt aus diesem Grund erwarten die Interpellanten von der Regierung die notwendigen Auskünfte.

Vaduz, 23. April 2009



J. Frommelt

A. Balt







P. Wellwend